

Kreis-



Blatt.

Zwei und Zwanzigster Jahrgang.

4. Quartal.

Sonntag den 25. November 1848.

Stück 16.

Bekanntmachungen.

Der Dr. Stockmann zu Bibra hat seit Kurzem bewaffnete Haufen um sich vereinigt, mit welchen er die dortige Gegend durchzieht und die Bewohner in Aufregung versetzt. Allenthalben zur Auflehnung gegen die bestehende Regierung mahnend und anreizend, ist er in den letzten Tagen soweit gegangen, daß er mit dienstlichen Meldungen abgesandte Boten, ja selbst einzelne Gensd'armen und Militairs hat aufgreifen lassen und noch jetzt gefangen hält.

Bei der Nachricht hiervon ist eine Truppenmacht entboten worden, welche heute in die Gegend von Bibra aufbrechen wird, um jenem anarchischen Treiben schnell und kräftig ein Ziel zu setzen, den geordneten Zustand wieder herzustellen und die Schuldigen der gesetzlichen Bestrafung zu überliefern.

Merseburg, den 21. November 1848.

Königliche Regierung.
Danneil.

Es wird der Königl. Regierung schon bekannt geworden seyn, daß von Seiten desjenigen Theils der zur Verfassungsbereinbarung einberufenen Versammlung, welcher, die Botschaft Sr. Majestät wegen der Verlegung nach Brandenburg unbeachtet lassend, ohne Theilnahme der Vertreter der Krone ihre Zusammenkünfte hier fortgesetzt hat, nächst Andern auch der Beschluß gefaßt worden ist, daß bis zur Zurücknahme der von der Regierung getroffenen Maßregeln alle und jede Steuerzahlung zu verweigern sey.

Wenn auch vorauszusetzen ist, daß dem gesunden Sinne des Landes die formelle und materielle Ungültigkeit eines Schrittes wohl einleuchten wird, der in seinen weiteren Folgen das ganze Land in einen Zustand völliger Gesetzlosigkeit und in unabsehbare Verwirrung stürzen würde, so halten wir uns dennoch verpflichtet, die Königl. Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn und wo sich wieder Verhoffen irgend eine Verwirklichung des vorgedachten Aufrufs kundgeben sollte, hiergegen ohne Verzug und nöthigenfalls, wenn eine vorgängige Belehrung über die schweren strafrechtlichen Folgen einer solchen Widerseßlichkeit fruchtlos bleibt, mit Anwendung der strengsten Zwangsmittel einzuschreiten ist. Die sämtlichen Truppen-Befehlshaber sind angewiesen, den desfallsigen Requisitionen der Königl. Regierung und der von ihr für diesen Zweck zu bezeichnenden Commissarien zu genügen.

Dabei aber bleibt der Königl. Regierung ganz besonders empfohlen, dafür zu sorgen, daß die wegen eingetretener Widerseßlichkeit anzuordnenden Zwangsmaßregeln nicht auf die Beitreibung solcher Steuerbeiträge ausgedehnt werden, welche nur wegen des Unvermögens der Steuerpflichtigen in Rückstand geblieben sind, indem es, wenngleich die dormaligen bedeutenden Ausgaben der Staatskasse den pünktlichen und unverkürzten Eingang der Steuern sehr wünschenswerth erscheinen lassen, dennoch ganz außer der Absicht liegt, die Rücksichten der Schonung und Milde gegen Bedrängte oder durch Unglücksfälle betroffene Steuerpflichtige außer Augen gesetzt zu sehen. Diesem entsprechend, werden daher auch die durch anzuordnende außergewöhnliche Zwangsmaßregeln verursachten Kosten nur auf diejenigen Steuerpflichtigen zu vertheilen seyn, welche die schuldigen Steuerzahlungen aus Widerseßlichkeit nicht geleistet haben.

Berlin, den 18. November 1848.

Das Staatsministerium.

Graf von Brandenburg. v. Adenberg. Manteuffel. von Strotha. von Minteln.
An sämtliche Königl. Regierungen.

Vorstehendes Rescript bringe ich zur öffentlichen Kenntnißnahme der Kreiseingesessenen.

Merseburg, den 20. November 1848.

Der Königl. Landrath Weidlich.

Um den Belästigungen zu begegnen, welchen das Publikum bei Erhebung der Privatbrücken-Zölle in Wessmar, Raasniß, Ermlich, Dberthau, Dölkau und Zöschchen theilweise bisher ausgesetzt worden ist, habe ich angeordnet:

- 1) daß an jeder Brücke eine schwarze Tafel, auf welcher die Höhe des zu fordernden Brückengeldes anzugeben ist, anzubringen,
- 2) daß sich die Einnehmer an der Brücke aufhalten,
- 3) einem Jeden, welcher bezahlt hat, einen Quittungszettel verabreichen muß, so wie
- 4) daß Brückengeld nicht beansprucht werden kann, wenn die Bedingungen ad 1. und 2. nicht erfüllt sind.

Merseburg, den 18. November 1848.

Der Königl. Landrath Weidlich.

(Aus zuverlässiger Quelle.)

Aus einem von den Stadtbehörden zu Halle an uns erstatteten Berichte entnehmen wir folgende Darstellung der daselbst am 19. d. Mts. stattgehabten Aufrührungen, und bringen wir dieselbe zur Begegnung aller entstehenden Gerüchte zur öffentlichen Kenntniß.

Bereits am 18. befand sich die Stadt in einiger Aufregung; man trug sich mit beunruhigenden Nachrichten über die Pläne, durch welche die Umsturzparthei den am 19. bevorstehenden Zusammentritt der Landwehr zu verhindern gedachte, man erzählte auch von der Anwesenheit eines angeblichen Abgesandten der in Berlin noch tagenden Deputirten, der für Durchführung der Steuerverweigerung auf alle Weise zu wirken beauftragt sey. Ein solcher erschien auch Mittags in der Sitzung des Magistrates und einiger Stadtverordneten, bethätigte jene Absicht, konnte indeß zu einer ausdrücklichen Aufforderung, die Steuerverweigerung zu proclamiren, nicht gelangen. Abends war Volksversammlung, in welcher die Umsturzparthei eine neue Versammlung auf den Markt berief, um die Mittel zu berathen, mit denen die Einkleidung der Landwehr zu verhindern sey, auch die Absetzung der Behörden und die Steuerverweigerung zu beschließen.

Um dieser Versammlung eintretenden Falls entgegen wirken zu können, wurde vom Bürgerwehr-Commando die Bürgerwehr consignirt, jene wurde nicht besonders zahlreich besucht und wurde von den Rednern, den Studenten Pöbche und Kauffuß, so wie einem Fremden nach dem Salmenhose geführt, woselbst die Einkleidung der Landwehr im Werke war. Dort versuchten die Redner ihren Zweck mit hochverrätherischen Ansprachen zu erreichen, indeß die Bürgerwehr sprengte die Versammlung, und die Einkleidung verlief vollkommen ruhig. Vor dem Auseinandergehen verabredete die Versammlung um 11 Uhr auf dem Markte nochmals zusammenzutreten. Hierdurch sah sich das Bürgerwehrcommando veranlaßt, um dieselbe Stunde die gesammte Bürgerwehr mit Anschluß des geschwizigen Bestrebungen schon längst verdächtigen s. g. Lancier-Corps auf dem Markte aufzustellen.

Die Volksversammlung bildete sich um den Marktbrunnen, von welchem die Studenten Pöbche, Ehrlich und Kauffuß, so wie der bereits erwähnte Fremde die Nothwendigkeit der Steuerverweigerung, die Absetzung der Behörden verkündigten, auch die Beschlagnahme der Kasse und die Verweigerung des Gehorsams gegen die Landwehroffiziere forderten.

Da zu dieser Versammlung die polizeiliche Erlaubniß nicht eingeholt war, der hochverrätherische Inhalt der Reden die Ruhe und Ordnung gefährdete, befaßten die gesetzlichen Behörden, unter Autorität eines Regierungs-Commissars die Auflösung der Versammlung und Säuberung des Platzes, und es wurde dieser Befehl, nachdem die Aufforderung zum Auseinandergehen vergebens geschehen war, mit gutem Erfolge durch die Bürgerwehr ausgeführt. Inmittelst hatte sich beim Beginn der Rede das Lancier-Corps, ohngeachtet es nicht berufen war, mitten auf dem Markte aufgestellt, hatte auch der ihm vom Bürgerwehr-Commando erteilten Anweisung, sich nach seinem Alarmplaze zu begeben, nicht Folge geleistet. Eine Abtheilung der Bürgerwehr gerieth in der zur Ausführung der Platzsäuberung nothwendiger Besengungen in die Nähe dieses Corps und es erfolgte Seitens desselben ein Angriff mit Hieb- und Stichwaffen, auch eine Salve aus Feuergewehren, durch welche beide nicht unerhebliche Verwundungen, sieben allein durch die Schußwaffen, veranlaßt wurden. Dieses unvermuthete nichtswürdige Beglücken, dieser Angriff gegen die eigenen Mitbürger, rief eine

ungeheuerer Entrüstung hervor, um weiteres Blutvergießen aber zu verhindern, gestattete der Bürgerwehr-Commandeur dem Corps eine Frist von fünf Minuten zum Abzuge vom Markte.

Sofort beschloffen die Behörden die Verfolgung, Entwaffnung und Verhaftung; es hatten sich indeß die Corpsmitglieder zerstreut, und es gelangen nur einige Entwaffnungen und Verhaftungen, darunter auch die des Corpsanführers, den mehrere Zeugen zuerst ein Feuergewehr losgebrannt zu haben beschuldigten.

Auch die Verhaftungen der obgenannten Redner wurden angeordnet, konnten indeß nicht ausgeführt werden, da sie nicht zu finden waren; dagegen wurden noch am Abende von den Redacturen der Hallesehen demokratischen Zeitung der Kaufmann Rawald und Lehrer Weißgerber, rücksichtlich welchen das Criminalgericht auf eine schon früher erfolgte Anklage die Verhaftsbefehle bereits ausgefertigt hatte, aufgehoben. r. Rawald wurde im Keller hinter Gittern gefunden. Die Nacht verlief darauf ruhig. Die militärische Besatzung war von Merseburg aus verstärkt worden, dieselbe hatte im besten Vernehmen mit der Bürgerwehr auf vorgängiges Ansuchen schon bei den Verhaftungen mitgewirkt und vom Abend ab den Schutz der Stadt übernommen, um den Bürgern eine Erholung von den bereits mehrtägigen Dienstanstrengungen möglich zu machen.

Die Criminaluntersuchung ist im Gange.

Das Gewissen eines französischen Juristen.

Eine beherzigenswerthe Geschichte für deutsche Juristen.

Lambert de Langres, der bei der batavischen Republik französischer Gesandter gewesen war, erzählte einst folgende Anekdote: der Cassationshof sollte dem Napoleon, als er Kaiser geworden war, den Eid der Treue schwören. Alle Mitglieder des Gerichts thaten es ohne Bedenken. Nur Einer von den Beisitzern, Herr Riols, that es nicht, ein kenntnißvoller Rechtsgelehrter, der übrigens doch nur von seinem Gehalt leben konnte und für sich und eine alte Magd nichts als ein kleines Stückchen Land besaß, das, in den Felsen von Auvergne gelegen, etwa 100 Franks abwarf. Er war weder fanatischer Republikaner noch Monarchist, sondern Jurist, und mengte sich durchaus in keine Politik. Ob das ganz recht war, darüber werden Verschiedene verschieden denken, obgleich ich der Meinung bin, daß ein Jeder vor Allen des Amtes zu pflegen habe, das ihm Gott gegeben hat. Denn wenn ein Jeder nur redlich das Seine thut, so wird, denk' ich, sein Antheil an der besseren Gestaltung der Dinge, und damit hat es doch die Politik zu thun, auch kein geringer und wenngleich vor der Welt verborgen, doch nicht vor Ihm es seyn, der in das Verborgene sieht. — Aber Herr Riols, um zu ihm zurück zu kehren, war in der Zeit der Republik angestellt, er hatte ihr daher auch den Eid der Treue geschworen und glaubte ihn halten zu müssen.

Seine Collegen liebten den wackern Mann. Sie redeten ihm zu: „Bedenken Sie sich, lieber Riols, bedenken Sie sich wohl! Sie haben kein Vermögen!“ — „Was? erwiderte er, warum gehört Vermögen hierher? was hat es mit einem Eid zu schaffen?“ — „das ist bald gesagt,“ riefen die Andern, „aber Ihre Stelle, Ihre Stelle! Sie haben sonst nichts.“ — „Nichts?“ versetzte der ehrliche Mann, „o doch! ich hab' ein Gewissen.“

Er blieb diesem treu und Bonaparte? — er schickte ihn mit seinem Gewissen in die Berge von Auvergne zurück. —

Wenn ich aber diese rührende Geschichte zugleich eine beherzigenswerthe für deutsche Juristen nannte, so meinte ich unter diesen Juristen nicht bloß viele von denen, welche Gott sey's geklagt, in unserer Nationalversammlung sitzen, und durch ihre Gewissenlosigkeit viel Noth über unser theueres Vaterland gebracht haben, sondern auch diejenigen, welche in jener Versammlung gar zu gern sitzen möchten und unter denen es gewiß viele giebt, die, wie so manche andere feinst ehrenwerthe Seele, nur der Teufel der Politik oder der Eitelkeit oder des Ehrgeizes in dieser Zeit des Taumels verblendet hat, — leider aber auch manchen, der es uns schwer macht, über ihn keine Satire zu schreiben. Doch — diese Dinge sind so ernster Art, daß selbst ein Schelm darüber weinen möchte! —

Nach der „constitutionellen Correspondenz“ bleibt kaum ein Zweifel übrig, daß am 27. eine reichlich beschlußfähige Versammlung in Brandenburg zusammen kommen wird, auch ohne die beiden Linken, die übrigens ebenfalls schon ausgesprochen haben sollen, daß sie in Brandenburg zur Wahrung ihrer Zwecke nicht fehlen würden.

(Berl. Nachr.)

Am 23. Sonntag nach Trinitatis (Todtenfeier)

predigen in der

Schloß- und Domkirche: Vorm. Herr Diac. Simon; Nachm. Herr Abj. Weiß.

Früh 8 Uhr allgemeine Beichte und Abendmahl, gehalten vom Herrn Diac. Simon; nach der Predigt öffentliche Communion.

Stadtkirche: Vorm. Herr Pastor Schellbach; Nachm. Herr Diac. Hartung.

Nach der Vormittagspredigt öffentliche Beichte und Abendmahl, gehalten vom Herrn Diac. Hartung.

Neumarktskirche: Herr Pastor Triebel.

Altenburger Kirche: Herr Pfarrverweser Röttger.

Allgemeine Beichte und Abendmahl. Die Beichte beginnt früh 7 1/2 Uhr.

Kirchennachrichten von Merseburg.

Dom. Geboren: dem Lieutenant und Rechnungsführer Martin eine Tochter; dem Bürger und Schneidermstr. Kanzler ein Sohn.

Stadt. Geboren: dem Bierverleger Buchmann eine Tochter; dem Madlenstr. Selbig ein Sohn; dem Bürger, Schwarz- und Schönfarber König eine Tochter; dem Bürger und Schuhmachermstr. Albrecht ein Sohn; dem Regier. Vauconducker Förner eine Tochter; dem Leinweber Herfurth eine Tochter; dem Marthelher Gebrert ein Sohn (todtgeb.); ein außerehel. Sohn; außerehel. Zwillingstöchter (von denen eine todtgeb.). — **Getrauet:** der Bürger und Zimmermeister Dierfisch mit Jgfr. Marie Christiane Julie Merkel. — **Gestorben:** die hinterl. Wittve des Handarbeiters Pöncke, im 67. J., an der Wassersucht.

Neumarkt. Geboren: dem Handarbeiter Rammelt ein Sohn. — **Getrauet:** der Handarbeiter Schmidt mit J. R. Döhl von Burg; der Schullehrer Vöbich in Werlitz mit Jgfr. C. Deutschlein von hier. — **Gestorben:** der einzige Sohn des Mäurers Schulze, im 1. J., an Krämpfen; die einzige Tochter des Fabrikarbeiters Störzer, im 1. J., an Krämpfen.

Altenburg. Geboren: dem Handarbeiter Neuthor ein Sohn; dem Fabrikarbeiter Lindner eine Tochter. — **Gestorben:** die hinterl. jüngste Tochter des Königl. Geleitsbereiters Freund, 64 J. alt, an Altersschwäche; die einzige Tochter (2. Ehe) des Handarbeiters Jauch, 1 J. 3 M. alt, an Krämpfen; der vierte Sohn des Handarbeiters Bloch, 3 J. 4 M. alt, an Masern.

Bekanntmachungen.

Auction. Auf Antrag sollen den 18. December d. J. und folgende Tage, Vormittags von 9 Uhr an, in der Wohnung des Herrn Ober-Forsstmeisters von Schleinitz in der Altenburg nachbezeichnete Effecten, als: werthvolle Spiegel, Kommoden, Sophas, Schränke, Secretair und andere Möbeln, Hausgeräthe, Porzellan, Kupfer, silb. Löffel, Uh-

ren, Repositorien, Leib-, Bett- und Tischwäsche, Betten (56 Stück), Matrazen, Kleidungsstücke, Flinten, Büchsen und andere Gewehre, Rousseau's Werke und ein eiserner Bratofen m. Blase, gegen sofortige Zahlung, an den Meistbietenden verkauft werden.

Merseburg, den 23. November 1848.

Magel, Auct.

Solz-Auction. Nächsten Montag, den 27. November, früh 10 Uhr, sollen im Kirchenholze zu Böffen 20 Schock weidenes Stangenholz gegen gleich baare Bezahlung verauctionirt werden.

Logis-Vermiethung. Zu Ostern 1849 ist in meinem Hause am Markte vorn heraus 1 Stube mit Kammer für einen ledigen Herrn mit Meubles oder auch ohne Meubles, an eine stille Familie oder einzelne Leute zu vermieten. Merseburg, den 16. November 1848.

Liebich, Zeugschmiedemeister.

Garantirt und vortheilhaft!

Das große Badische Staats-Eisenbahnanlehen von 14 Millionen Gulden.

bietet Gewinne von 14 mal 50,000, 54 mal 40,000, 12 mal 35,000, 23 mal 15,000, 2 mal 12,000, 55 mal 10,000, bis abwärts 42 fl. Die nächste Verlosung findet am 30. November 1848 statt, und sind hierzu bei unterzeichnetem Handlungshause Originallosse für alle Ziehungen gültig à Nthlr. 18, sowie für die bevorstehende Ziehung allein à Nthlr. 1, zu beziehen. Jede Auskunft gratis. Plan liegt auf dem Comptoir dieser Blätter zur Einsicht offen.

Julius Stiebel jun., Banquier in Frankfurt am Main.

N. S. Solide Männer, die sich mit dem Debit befassen wollen, erhalten einen annehmbaren Rabatt. — Auf meine Firma bitte genau zu achten.

Bitte für die Armen, an alle Communen zur Bildung von Winter-Arbeits-Fonds.

Um den Ortsarmen in den Dörfern im Winter Arbeit geben zu können, ergeht meine herzlichste Bitte an alle Landgemeinden, dasjenige, was ihnen durch die Jagdpacht, den Erlaß von Reallasten (sowohl derer, welche unentgeltlich bereits aufgehoben sind, als auch derer, welche noch vielleicht erlassen werden möchten) zugefallen ist und noch zufallen wird, alljährlich in einen zu bildenden Arbeits-Fonds einzuzahlen.

Mittels dieses Arbeits-Fonds würden Begebanten, Damm-Arbeiten, Graben-Anlagen, Reich-Schlammten besorgt und dadurch manche landwirthschaftliche Verbesserungen in den Communen herbeigeführt werden können.

Die Arbeits-Theilnahme würde den bedürftigen männlichen Einwohnern bis zum Halbhüfner, welcher hypothekarische Schulden hat, zu gestatten und diese Arbeiten würden nur vom 1. November bis 1. März auszuführen seyn, indem sich später in der warmen Jahreszeit ohnedies schon lohnende Arbeit findet.

Hoffentlich wird man diesen meinen gut gemeinten Vorschlag nicht verkenne und der ehrenwerthe Bauersstand wird bestimmt gern in dieser Weise seinen Beitrag zur Armen-Unterstützung geben, indem ja durch die Arbeiten nur Verbesserung in den Communen bezweckt und selbige aus früher nicht geübten Revenuen begründet wird.

Alle Redactionen der Zeitschriften ersuche ich, diese meine Bitte an die Landgemeinden in ihren Blättern aufzunehmen.

Dölkau bei Merseburg, den 20. November 1848.

C. W. Otto, Bauergutsbesitzer und Pächter.

Anzeige. Daß in meinem vom Maurermeister Leibring abgepachteten Hause zwei Logis zu vermieten sind, eine Unterstube nebst Zubehör und eine Erkerstube nebst Zubehör, welche zu Ostern 1849 bezogen werden können, zeige ich an. Auch mache ich ein verehrtes Publikum darauf aufmerksam, daß bei mir fortwährend gute Kuhmilch zu haben ist pro Kanne 1 Egr.

Ludwig Franz Wiemann, Sixtberg.

Bekanntmachung.

Die Ereignisse der neuesten Zeit und die damit verbundene große Aufregung der Gemüther, hat den unterzeichneten Vorstand veranlaßt, die statutenmäßig

auf Mittwoch den 29. d. Mts.

anzustehende nächste Versammlung des landwirthschaftlichen Vereins für den Merseburger Kreis aufzuheben, was den verehrlichen Mitgliedern des letztern hierdurch bekannt gemacht wird.

Merseburg, den 21. November 1848.

Der Vorstand des landwirthschaftlichen Vereins für den Merseburger Kreis.

v. Rode. Dieck. Clarus. Schulze.

Majestät!

Es drängt auch uns, die Gefühle treuester Liebe und Anhänglichkeit Ew. Königl. Majestät hierdurch auszudrücken und den heiligen Schwur zu leisten:

daß wir mit Gut und Blut sowohl das constitutionelle Königthum schützen, als auch allen anarchischen Bestrebungen, unter welcher Maske sie erscheinen mögen, entgegen treten werden.

Unsere Versicherungen von Liebe und Treue würden aber Lüge seyn, wenn wir Ew. Majestät verhehlen wollten:

daß die Ernennung des Ministeriums Brandenburg große Aufregung erzeugt und das Vaterland in unabsehbare Gefahren gestürzt hat.

Mit Berufung auf Ew. Majestät hochherzige Worte:

„zwischen mir und meinem Volke sei Wahrheit“

wagen wir die allerunterthänigste Bitte:

Ew. Königl. Majestät Weisheit möge diese Gefahren allergnädigst abzuwenden suchen.

Merseburg, den 23. November 1848.

Wegel, Landrichter. **Körber**, Departements-Thierarzt. **Kubale**, Regier. Feldmesser. **Meißner**, Kaufmann. **Krengel**, Regier. Feldmesser. **Dieckshold**, Kaufmann. **Bolny**, Deconom. **Chrenberg**, Kaufmann. **Preller**, Deconom. **Harnisch**, Abergift. **Preßsch**, Pianoforte-Fabrikant. **Schröder**, Gastwirth. **A. Volkmann jun.**, Buchbindermeister. **Harnisch sen.**, Particulier. **Jörner**, Regier. Feldmesser. **Ledig**, Schornsteinfeger-Meister. **Peckolt**, Kaufmann. **Scharre**, Kaufmann.

Gleichgesinnte werden zur Unterschrift, welche bis Sonntag Abend bei dem Restaurateur Harnisch erfolgen kann, eingeladen.

Die von den vereinigten Clubs an die Land-Gemeinden gerichtete Aufforderung, sich für die National-Versammlung und gegen das Ministerium Brandenburg auszusprechen, enthält von der Steuerverweigerung kein Wort. Mündlich sollen einige Boten sie als Aufforderung zur Steuerverweigerung ausgelegt haben. Ich habe mich weder um die Annahme der Boten bekümmert, noch vielweniger Auftrag zu solcher Erläuterung gegeben.

Meiner Ueberzeugung nach hat die Volksvertretung nur das Recht, einem unvollstümlichen Ministerio die Steuererhebung vom nächsten Jahre ab zu verweigern.

Den Beschluß der National-Versammlung auf sofortige Verweigerung gesetzlich schon feststehender Steuern halte ich also für übereilt, unpolitisch und bellagenswerth.

Dies zur Nachricht allen denen, für welche meine Ansicht ein Interesse hat.

Merseburg, den 23. November 1848.

Butte.

Böswillige Menschen haben versucht, unsere Gesinnungen, welche wir bisher treu und wahrhaft bewahrten, zu verdächtigen. Dieses soll uns jedoch nicht abhalten, unsern eingeschlagenen Weg für unsern geliebten constitutionellen König, so wie für alles Recht und Gute, wie auch für die gesetzliche Freiheit zu verfolgen und fest zu halten, welches wir hierdurch wiederholt öffentlich bekennen. Unser Loosungswort bleibt daher wie im Jahre 1813—15: Mit Gott für König und Vaterland.

Merseburg, den 23. November 1848.

Lindemann,

Hauptmann des Kriegervereins.

Der Consistorialrath Frobenius hat in der gestrigen Versammlung des sogenannten patriotischen Vereins, gegen einen unserer geehrten und geliebten Mitbürger, den Bürgermeister Seffner, ein Mißtrauensvotum beantragt, weil Letzterer sich der Aufforderung des Präsidenten der Nationalversammlung v. Urnub gemäß nach Berlin begeben hat. — Darüber — ob der Herr ic. Seffner mit Recht oder Unrecht dem Rufe gefolgt ist, — steht mir eine Entscheidung nicht zu, so viel aber steht fest, daß eine, in diesem Mißtrauensvotum enthaltene Verdächtigung unseres ehrenwerthen Bürgermeisters, mit Verachtung von mir und jedem gleich Gesinneten hiermit um so mehr zurückgewiesen werden muß, als nur erst aus der Thätigkeit des Herrn ic. Seffner sich ein Urtheil herausstellen kann. Am allerwenigsten aber hätte man erwarten dürfen, daß von einem Geislichen ein so vor-eiliges Urtheil gefällt werden würde. —

Nun noch einige Worte in Bezug auf die an Se. Majestät den König gerichtete Adresse vom 19. November c., welche auch der Herr ic. Frobenius mit unterzeichnet hat. In derselben heißt es nämlich wörtlich am Schlusse:

„haben wir keinen andern Zweck als den, daß Ew. Majestät einige Namen derer erblicken mögen, welche entschlossen sind, mit Ew. Majestät zu stehen bis zum Tode.“ —

Hat schon jemals der Herr Consistorial-Rath Frobenius Etwas gethan, was zur Beruhigung der Gemüther beitrug und daher als Beleg für Liebe und Treue gegen unsern angekränkten König zeugte? (Bis jetzt haben wir von Herrn Consistorial-Rath Frobenius nur Worte, die jeder Thatkraft entbehren.) D möchten doch alle die Herren, welche nur am warmen Ofen über das Wohl des Staates discutiren, — überlegen — daß es biedere und treue Staatsbürger genug giebt, welche nicht bloß mit Worten, sondern auch mit Thaten bereit sind, ihre Treue Sr. Majestät dem Könige zu bewähren. —

Kubale, Regierungs-Feldmesser.



Bekanntmachungen für das nächste Stück sind bis Montag Abend gefälligst einzusenden.

Druck und Verlag von Kobigschens Erben. Redigirt von Carl Jurt in Merseburg.

Hierzu eine Beilage.

Bericht des Unterstaatssecretair Baffermann an das Parlament zu Frankfurt über die Verhältnisse zu Berlin.

Der von der deutschen Reichsgewalt in Frankfurt zur Vermittlung in dem Conflict zwischen der Krone und der Nationalversammlung nach Berlin abgesandte Unterstaatssecretair und Deputirte Baffermann, hat bei seiner Rückkehr nach Frankfurt aus dem Parlamente folgende Rechenschaft über den Erfolg seiner Sendung gegeben, welche um so wichtiger ist, als sie über die Zustände in unserer Hauptstadt das Urtheil eines unparteiischen mit der Sendung des Friedens beauftragten Beobachters enthält, der im deutschen Vaterlande den Ruf eines eben so urtheilsfähigen als redlichen Mannes genießt. Sein Bericht lautet:

Ob ich in meiner Auffassung der Freiheit hinter der Zeit zurückgeblieben, wird die Zeit lehren. Was meine Wirksamkeit betrifft, so sollte sie dahin gerichtet seyn, im Einvernehmen mit der preussischen Regierung die Unfreiheit der Nationalversammlung in Berlin zu brechen, welche sie selbst in Widerspruch mit unseren Beschlüssen gebracht. Andererseits sollte ich das Wichtigste mit dem preussischen Gouvernement in Bezug auf die Einzelstaaten regeln.

Ich fand die Stadt bei meiner Ankunft ruhig, die Straßen aber von Gestalten bevölkert, welche mich erschreckten. — Eine Sitzung des zurückgebliebenen Theiles der Nationalversammlung, welcher ich beiwohnte, zeigte mir deutlich den bevorstehenden Zwiespalt und die größten Gefahren. Ich trat mit Mitgliedern der Versammlung und mit der Bürgerschaft in Benehmen, selbst mit Abgeordneten der demokratischen Klubs. Die Physiognomie der äußeren Zustände in der Stadt ist nicht erfreulich, die Presse nicht frei, sondern terrorisirt: an den Ecken trifft man den Traum eines Republikaners, dargestellt mit illustrierten Laternenpfählen. Die Mitglieder der Rechten verdankten meist dem Zufalle ihr Leben, wenn sie durch das Volk am Schauspielhause schritten. Volksredner hatten die Menge längst zum Tragen von Beilen und Messern aufgefordert. In der Stadt herrschte völlige Straflosigkeit, die Gesetze waren ohne Autorität, die Rechte verlangte selbst dreimal vergeblich die Mittel zum Schutz von ihren Kollegen.

Ich habe darauf die Minister gesprochen; ich fand die Minister, die Leute, die so außerordentlich vernunft sind, in der männlichsten Fassung, und in einer Ruhe, die alle Anerkennung verdient. Sie erklärten mir, wie sie zu dem Entschluß gekommen, dem Rufe des Königs zu folgen, um die Maßregeln, die als nothwendig erkannt waren, auf die große Gefahr hin, die von Niemand verkannt werden konnte, durchzusetzen. Ich ließ die Befürchtungen nicht unberührt, welche man gegen sie erhoben, und erhielt sofort, ich darf hinzusetzen, mit ruhig lächelndem Munde die Versicherung: daß an eine Zurückziehung der Gewährungen, oder an das, was man sonst Reaction hier nennt, nicht zu denken sey. Ich setze hinzu, daß es, wenn auch Jemand daran dächte, in Preußen rein unmöglich wäre, und für so wahnsinnig halte ich Niemand, am wenigsten diese Männer, daß ich glauben könnte, sie hegten ernstlich solche Pläne. Ob diese Männer zurücktreten werden, sobald die besprochenen Maßregeln durchgeführt sind, das vermag ich hier nicht anzudeuten. — Ich habe mich darauf bemüht, mich bei den Mitgliedern der Nationalversammlung zu erkundigen über das, was denn gegen diese Männer vorliege, und warum man ein so unbegrenztes Mißtrauen in sie setze? — Ich habe bei Mitgliedern der Nationalversammlung, die mit bei der Deputation waren, welche ein anderes Ministerium verlangte, die noch mit in der Versammlung saßen trotz der ausgesprochenen Vertagung, keine Thatsache erfahren können. Ich glaube es schuldig zu seyn dies hier auszusprechen. Ich habe nicht ihren Vertheidiger zu machen, aber was wahr ist, soll gesagt werden auch in diesen Tagen der Unfreiheit. Dem Grafen von Brandenburg wußte man nichts nachzusagen, als die Erlassung eines Armeebefehls, die dem des General Wrangel ähnlich sei und über Herrn von Mantuffel citirte man eine Stelle aus dem Protokolle des vereinigten Landtags, wonach er sich mit Herrn von Vincke gestritten haben soll. Aber das hörte man von denselben Männern, daß in die Ehrenhaftigkeit ihres Privatcharacters kein Zweifel zu setzen sei und man nahm an, sie würden nichts thun, was ihren Worten widersprechen werde.

Am nächsten Tage habe ich mich zum König verfügt. Es ist nicht Sitte mitzutheilen, was man mit einem Monarchen conferirt, aber ich glaube doch sagen zu dürfen, wie im Allgemeinen ich den König traf. Was unsere Beziehungen zu Frankfurt betrifft, so fand ich ihn deutscher gesinnt, als ich es glaubte. Während die Nationalversammlung von

Berlin in Beziehung auf die Posen'sche Frage z. B. einen Beschluß gefaßt hat, der dem der hiesigen Nationalversammlung vollkommen widerspricht, hörte ich aus des Königs Munde den Entschluß, den Beschluß der deutschen Reichsversammlung ausführen zu lassen. Ich fand ihn auch entschlossen den Gräuelfcenen, die in der Hauptstadt vorgekommen, ein Ende zu machen. Ich fand den König überhaupt in einer Stimmung, in welcher er es für eine große und ernste Pflicht ansah, nicht bloß Preußen, sondern Deutschland und seine Gesittung vor dem Versinken in die roheste Tyrannei zu retten. Ich fand ihn merkwürdig und mit Ergebung gefaßt auf Alles, selbst auf das Neueste, was kommen würde. Auch ihm verhehlte ich nicht, welche Befürchtungen man habe vor den Folgen, die nun eintreten könnten, wenn seine Maßregel durchgesetzt seyn würde, vor dem Zurücknehmen des Zugestandenen, vor dem Eintritt der Reaction. Ich kann und muß nur wiederholen, daß ich auch hier nach meiner vollen Ueberzeugung nicht den mindesten Grund zu den Befürchtungen fand, die so allgemein verbreitet werden.

Bei meiner Rückkehr aus Potsdam war General von Wrangel in Berlin eingezogen. Ich fand eine andere Bevölkerung auf den Straßen. Die Bürger belebte ein Gefühl der Sicherheit. — Ich wohnte den Versuchen bei, die Konflikte zwischen der Nationalversammlung und Regierung auszugleichen, die Präsident Grabow in einer Unterredung mit Mitgliedern des Centrums machte. Ich sprach selbst mit von Unruh. Alles mißlang.

Ich theile hier die Bedingungen mit, unter welchen sich die Zurückgebliebenen zum Frieden geneigt erklären wollen; sie lauteten:

- 1) Verbannung der Prinzen aus den Gränzen der Monarchie,
- 2) Verhaftung von Wrangel's und der Minister,
- 3) Hochverraths-Anklage gegen sie,
- 4) unbedingte Unterwerfung des Königs unter die Versammlung, bis die Verfassung fertig sei,
- 5) Entfernung der Truppen aus Berlin.

Der Konvent ist offen beabsichtigt. Die Centren sind noch geblieben, um von Gewaltthätigkeiten zurückzuhalten.

Wie lange Preußen eine Republik seyn solle, steht in Frage, da die Dauer der Versammlung kein Ziel hat. — Ich machte erfolglose Vorstellungen, vielleicht kommt man später zu einem Entschluß.

Man wirft der Regierung vor, daß zum Einschreiten jetzt nicht der rechte Anlaß gewesen, — aber später hätte es ohne Blutvergießen vielleicht nicht mehr geschehen können — es wären vielleicht Opfer dann gefallen.

Nach den Verhältnissen der letzten Tagen ist eine Vermittelung nicht mehr möglich, der Widerspruch ist offen an den Straßen zu lesen, gegen die Autorität wird eine andere gesetzt.

Ich bin der Ueberzeugung, daß nur zweierlei möglich ist: Strenge Durchführung der Regierungsmaßregeln oder Annahme der obigen Bedingungen. — Das Letzte wäre das größte Unglück für ganz Deutschland.

Schließlich lassen Sie mich noch die Ueberzeugung, die ich von der Reise durch einen großen Theil Deutschlands mitbringe, Ihnen an's Herz legen. Es ist die, daß wir durch nichts mehr dem Vaterlande dienen können, als durch eine rasche, ja mehr als rasche Verathung der Verfassung, ehe es zu spät ist.

Extra-Beilage zum 95. Stück des Merseburger Kreisblatts.

Schon seit mehreren Monaten hatte der Dr. med. Stockmann zu Vibra sich als Vorsteher eines sogenannten Demokraten-Vereins den Behörden bemerkbar gemacht, indem er viele Einwohner der kleinen Stadt Vibra und der Umgegend für seine auf den Umsturz und die Auflösung der bestehenden Einrichtungen und jeder gesetzlichen Autorität im Staate gerichteten Tendenzen gewonnen und zu verschiedenen strafbaren Handlungen verleitet hatte. Wegen Mißhandlung eines Gensd'armen und Erregung von Tumult, wegen Beschimpfung und Mißhandlung des Bürgermeisters zu Vibra in einer Bürgerversammlung, wegen Anmaßung der Amtsgewalt durch Ausstellung von Passkarten, Befreiung von Gefangenen u. s. w. ward der *Dr. med. Stockmann* zur Untersuchung gezogen und dem Inquisitoriate zu Zeit überliefert. Nach kurzer Haft wurde er indessen im Anfange des Octobers wieder entlassen und ein Urtheilsspruch ist in der gegen ihn fortgesetzten gerichtlichen Untersuchung bis jetzt noch nicht erfolgt. Nach seiner Rückkehr nach Vibra trat *Stockmann* mit seinen verbrecherischen Bestrebungen immer kühner hervor. Namentlich aber benutzte er die seit 14 Tagen herrschende Aufregung, um größern Anhang zu gewinnen. Nachdem es ihm gelungen war, sich durch Deputationen, welche zum Theil ohne Auftrag zu diesem Zwecke nach Vibra gekommen, zum Führer der Bürgerwehren vieler Ortschaften des Kreises Eckartsberga wählen zu lassen, errichtete er in Vibra auf dem Rathhause ein Bureau unter dem Namen des Kreis-Kommandos, dessen Leitung neben ihm oder in seiner Abwesenheit, als seine Stellvertreter, der Buchhändler *Otto Maas* aus Naumburg und der *Dr. med. Neuhaus* aus Laucha übernahmen.

Es wurden unter diesem Namen Verfügungen erlassen, Waffen zu schmieden, Kugeln zu gießen und Zuzug nach Vibra zu gewähren. Daneben ward zur Verweigerung der Steuerzahlungen und des Landwehrdienstes durch Verbreitung des als Extrabeilage zur Halle'schen demokratischen Zeitung gedruckten Plakats, wegen dessen die Redactoren bereits der gerichtlichen Bestrafung übergeben worden sind, durch Ansprachen und schriftliche Mittheilungen aufgefördert. Am 16. d. M. ward eine bewaffnete Volksversammlung zu Loffa im Freien abgehalten, zu welcher sich gegen 1000 Theilnehmer eingefunden haben sollen und wobei auf Anregung des *Dr. Stockmann* verabredet ward, nach Berlin zu ziehen, um der National-Versammlung bewaffneten Beistand gegen die Regierung zu leisten, zuvor aber im Eckartsbergaer und Querfurter Kreise nicht bloß die königlichen Kassen in Beschlag zu nehmen, sondern auch die wohlhabenden Grundbesitzer zu brandschätzen. Einige Gemeinden haben durch Sendungen von Geld und Waffen sich von der Theilnahme an solchen Zuzügen loszukaufen gesucht. Viele Einwohner und Bürgerwehrmänner aus andern Nachbarorten von Vibra und Leute der untersten Volksklassen aus entfernteren Gegenden haben sich theils aus Furcht vor dem *Stockmann*, der die Nichtachtung seines Befehls zum Erscheinen in Vibra mit Todschießen zu strafen drohete, theils durch seine Versprechung eines täglichen Soldes von $7\frac{1}{2}$ Sgr. verleiten lassen, nach Vibra zu gehen und sich unter die Befehle des Kreis-Kommandos zu stellen. Namentlich ist seit dem 19. d. M. eine Schaar von etwa 100 jungen unbeschäftigten Leuten aus dem Arbeiterstande von Naumburg nach Vibra gezogen. Nach dem Eintreffen dieser Zuzüge errichtete das Kreis-Kommando zwei Abtheilungen der Freischaaaren, von denen die eine die Vibraer und die andere die Naumburger genannt wurde und mit denen sich, so viel bis jetzt ermittelt ist, auch die Vibraer Bürgerwehr vereinigt hat. Die Freischärler mußten sich durch einen Eid zum Dienste des in Berlin noch beratenden Theiles der vertagten National-Versammlung verpflichten. Die Stadt Vibra selbst und die nächste Umgegend war bei diesem Zustande der Dinge völlig der Willkürherrschaft des *Stockmann* und seines Anhangs Preis gegeben. So ward schon am 14. d. M. das Haus des Rath's-Assessors *Weilepp*, der dem ungesetzlichen Treiben Einhalt zu thun versucht hatte, von einer Bande unter Führung des *Stockmann* angegriffen, theilweis demolirt und beraubt. Der greise Vater des *Dr. Weilepp* erfuhr dabei lebensgefährliche Mißhandlungen.

Von den zwei Escadrons Husaren, welche zur Aufrechthaltung der Ordnung, den Eckartsbergaer Kreis besetzt hielten, ward ein Zug von 20 Mann mit einem Officier in einem Hohlwege bei dem Dorfe Saubach von den *Stockmann*-schen Schaaren überfallen, nach Vibra gebracht, hier gefangen gehalten, und der Pferde und aller Armaturstücke beraubt. Dasselbe Schicksal hatten vorher schon zwei von Halle und Naumburg nach Vibra gesandte Gensdarmen, der Kreisbote und einige Privatpersonen erfahren.

Gegen ein solches anarchisches und gefährliches Treiben, welches die ruhigen Einwohner unseres Bezirks mit Sorge und Schrecken erfüllte, mußte endlich mit aller gesetzlichen Strenge eingeschritten werden.

Gestern rückte eine starke mobile Kolonne unter den Befehlen des General-Majors v. *Schack* und begleitet von einem Regierungs-Kommissarius vor die Stadt Vibra. Bei der Annäherung der Truppen zeigten sich in Gräben und hinter Büschen versteckt, bewaffnete Banden, welche auf die heranreitenden Husaren die Gewehre anlegten, jedoch nicht abzuweichen wagten. In der Stadt ward die Sturmglocke gezogen. Der *Dr. Neuhaus* hatte die Frechheit, den Truppen entgegen zu reiten und wegen Uebergabe der Stadt unterhandeln zu wollen. Er ward auf der Stelle festgenommen. Seine Taschen waren mit Kugeln, Kugelpflastern und anderer Munition gefüllt. Seine später aufgefundenen Bücher war

scharf geladen, um, wie er angab, Ruhe und Ordnung in seiner Schaar zu erhalten. Während die Truppen schnell von der Stadt Besitz nahmen, waren jedoch die meisten von auswärts zugezogenen Freischärler entflohen, mit ihnen der Otto Maaß. Die Zurückgebliebenen hatten wie die Bürgerwehrmänner aus Vibra die Waffen abgelegt und verbergen. Viele von diesen wurden bald nach dem Einmarsch der Truppen noch im Besitz von Munition gefunden und daher auf frischer That verhaftet. Die Inhaftaten, unter ihnen der Dr. Neuhaus, sind heute bereits dem von dem Königl. Land- und Stadt-Gerichte in Naumburg dem Regierungs-Kommissar zur Feststellung des objectiven Thatbestandes beigeordneten Kommissarius übergeben worden. Einige andere fremde Personen wurden wegen Mangel an Legitimation in Vibra festgehalten und der Ortspolizei-Behörde überwiesen. Von den entwichenen Freischärlern sind heute noch acht in Nebra, drei in Eckartsberga und einer in Mülcheln von den Einwohnern ergriffen worden. — Die Bürgerwehren der Ortschaften Vibra, Steinbach, Kalbitz, Wallrode, Saubach, Bucha, Wollmirstädt, Allerstädt u. s. w. sind von dem Präsidenten der Regierung auf Grund des §. 4 des Gesetzes vom 17. October d. J. vorläufig ihres Dienstes enthoben und auf Requisition des Befehlshabers der Truppen zur schleunigen Ablieferung der Waffen aufgefordert worden. Die durch die Stockmannschen Schaaren vernichtete Autorität der Städtischen Behörden in Vibra ist sofort wieder hergestellt und der Bürgermeister Prater, welcher zur Rettung seines Lebens die Stadt hatte verlassen müssen, durch eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten eingeladen worden, in ihre Mitte zurückzukehren und sein Amt wieder zu übernehmen. Der Dr. Stockmann selbst hat feig genug seine von ihm bethörten Schaaren schon am 20. d. M. verlassen und sich, soviel bekannt, zunächst nach Mülcheln, Schaafstädt und Querfurt begeben, wo er die einbeordneten Landwehrmänner zum Ungehorsam verleitet, zur Steuerverweigerung aufgefordert und Aufregung aller Art zu verbreiten versucht hat. Zuletzt war er am 21. Abends in Ziegelrode gesehen worden, als er die Post bestieg, um nach Erfurt zu fahren. Schon sollten die Steckbriefe gegen ihn ausgemacht werden, als heute die Nachricht einging, daß er in Weimar von einem Abgeordneten der Erfurter Polizeibehörde gestern verhaftet worden sei. Die gegen ihn eingeleitete Untersuchung wird hoffentlich über sein ganzes Treiben sowie über seine vielfachen Verbindungen und auch darüber vollständiges Licht verbreiten, wie er in den Besitz der Geldmittel gekommen ist, die er zur Besoldung seiner Freischaaaren und zu andern strafbaren Zwecken verwendet und zum Theil bei seiner Entfernung mit sich genommen hat.

Merseburg, den 23. November 1848.

Königliche Regierung.

der
urt
thei
selb

liche
una
gew
liche
des
entf
dem
ten.
gek
det
ihre
die
legu
unse
zu l

Tag
naler
grüß
nen
kung
und
wie
unfer
schw
mein
nend
bald
Org
der
einke
bürg
nen
die r
setzen
Wels
kung
würde
gen.
lebt
den
ständ
dürft
strebe
herv
denke
verla
neue
müß
hau
liche
baren



Als ein bedeutendes Zeugniß für die Sinnesänderung der Berliner Einwohnerschaft und für deren günstigere Beurtheilung der von der Regierung ergriffenen Maßregeln theilen wir nachstehende Bekanntmachung des Magistrats daselbst unverkürzt mit:

An unsere Mitbürger.

Die Krisis, in welche die Entwicklung unserer öffentlichen Zustände seit dem 9. d. M. getreten ist, hat uns die unabweißbare Pflicht auferlegt, nach ernster, besonnener und gewissenhafter Erwägung der in Betracht kommenden rechtlichen Verhältnisse, sowie der Lage unseres Vaterlandes und des Zustandes unserer Stadt uns über den Standpunkt zu entscheiden, den wir nach Pflicht und Gewissen der Krone, dem Lande und unserer Stadt gegenüber einzunehmen hätten. Wir sind zu einer bestimmten Ueberzeugung hierüber gekommen und haben ihr entsprechend gehandelt. Sie findet mehr und mehr in unserer einsichtsvollen Bürgerschaft ihre richtige Würdigung, und halten wir es daher jetzt, da die Aufregung des Augenblicks der vorurtheilsfreien Ueberlegung Raum gegeben hat, für unsere Pflicht, die Motive unseres Verhaltens unseren Mitbürgern rücksichtslos offen zu legen.

Es ist unsern Mitbürgern bekannt, wie wir seit den Tagen des März das Erwachen unseres Volkes zu nationaler Freiheit und politischer Mündigkeit mit Freude begrüßt haben; wie wir sodann zur Feststellung der errungenen Freiheiten und Rechte des Volkes durch unsere Mitwirkung an der Entwicklung des öffentlichen Lebens überhaupt und namentlich bei der Organisation der Bürgerwehr, so wie bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung an unserm Theile nach besten Kräften beigetragen und die schwere Aufgabe zu lösen gesucht haben, in der Zeit allgemeiner Geschäftslosigkeit unseren ärmeren Mitbürgern lohnende Arbeit zu verschaffen. Wir durften hoffen, daß sobald in der Vertretung des Landes dem Nationalwillen sein Organ gegeben wäre, die Wogen der Revolution sich legen, der Friede und die Ordnung in unser Vaterland wieder einkehren und die in ihrem Zuflusse gehemmten Quellen der bürgerlichen Nahrung und des Wohlstandes sich wieder öffnen würden. Wir hofften, daß die Vertreter des Landes die neuen Prinzipien unseres socialen Lebens in weisen Gesetzen ausprägen und Preußen so zum zweiten Male der Welt das große Schauspiel einer aus der sittlichen Erhebung der Nation hervorgegangenen Wiedergeburt geben würde. Unsere Hoffnungen sind nicht in Erfüllung gegangen. Nach den welterschütternden Ereignissen, die wir erlebt hatten, konnten wir freilich nicht sofort die Ruhe in den Gemüthern und die Ordnung in den öffentlichen Zuständen erwarten, welche nur aus der Befriedigung der Bedürfnisse der Nation durch die vereinten patriotischen Bestrebungen der Vertreter des Volks und der Regierung hervorgehen können. Aber das durften gewiß alle Edeldenkenden im deutschen Vaterlande mit uns erwarten, und verlangen, daß die Bewegungen, welche nothwendig die neue Gestaltung unserer staatlichen Verhältnisse begleiten müssen, sich innerhalb der Schranken hielten, welche überhaupt einen staatlichen Zusammenhalt und eine bürgerliche Ordnung möglich machen; — daß sie die unwandelbaren Grundsätze der Gerechtigkeit und Sittlichkeit nicht

gänzlich verlassen und die Freiheit, welche ihr Endziel sein soll, nicht in ihrer Wurzel vernichteten. Ueber diese nothwendigen Schranken hat sich aber eine anarchische Fraction in Deutschland und in Preußen hinweggesetzt.

Wie wohl bei weitem die Mehrheit der Nation in der konstitutionellen Monarchie die einzige Gewähr für das Bestehen und die Wohlfahrt unseres Vaterlandes, sowie für die Freiheit Aller erkennt, will diese Fraction dennoch, theils aus Verblendung, theils aus selbstsüchtigen Zwecken der Nation die Republik aufzwingen, und schreckt, um diesen Zweck zu erreichen, vor keine Mittel der List und der rohen Gewalt zurück. Zu diesem Ende suchte sie mit rücksichtsloser Consequenz Preußens Macht, die Hauptstütze Deutschlands zu brechen und zu vernichten. Unter dem gleichnerischen Vorgeben einer Verbrüderung mit dem Volke sollte unser durch Disciplin und Tapferkeit ausgezeichnetes Heer seinen Führern ungetreu gemacht und demoralisirt werden. Jeder Zwischenfall wurde benutzt, die Gesetzgebung zu verzögern, die Regierung zu schwächen, die Bevölkerung in Unruhe zu versetzen und zu empören. In Baden, Köln, Frankfurt sahen wir den offenen Aufbruch, in Begleitung von Meuchelmord und Gräuelscenen. Männer, welche ihren Abscheu vor diesen Gräueln offen aussprachen und ihre warnende Stimme erhoben, wurden als bornirte Moralisten der Verachtung der Menge Preis gegeben und man scheute sich nicht in Volksversammlungen öffentlich zu erklären, daß die Horde, welche in Frankfurt den deutschen Namen und das deutsche Volk in seinen Vertretern geschändet, sich um das Vaterland wohl verdient gemacht habe.

Von den Vertretern der deutschen Nation in Frankfurt verworfen, glaubte diese Fraction den geeignetsten Boden ihres ferneren Wirkens in Berlin zu finden. Leider konnte der äußere Anblick unserer Stadt einen solchen Wahn wohl möglich machen. Die preussische National-Versammlung hatte es nicht als ihre erste und dringendste Aufgabe erkannt, das Grundgesetz des Landes mit der Krone festzustellen, um der unheilvollen Unsicherheit aller Lebensverhältnisse schleunigst ein Ende zu machen. Sie nahm nicht darauf Bedacht, die durch die Erschütterung der obersten Staatsgewalt wankend gewordene gesetzliche Ordnung zu stärken, die Unordnung stieg vielmehr, indem man sie ruhig gewähren ließ. Die Regierungsgewalt wurde geschwächt durch Eingriffe in Functionen, welche nur der ausübenden Macht zustehen. Ja so wenig hatte die Erkenntniß, daß ohne Ordnung keine Freiheit möglich sey, die National-Versammlung durchdrungen, daß sie es nicht einmal der Mühe werth erachtete, Vorkehrungen zu treffen, um ihre Mitglieder vor brutaler Gewalt und die Freiheit ihrer Verathungen zu schützen, die Folge dieses Verhaltens war natürlich, daß die Begriffe von Recht und Ordnung im Volke immer mehr verwirrt und das Gefühl für Gesittung abgestumpft wurde. Angesichts der Denkmale hoher menschlicher Bildung mußten wir in Berlin Scenen der Barbarei erleben, die noch vor wenigen Monaten für unmöglich gehalten waren. Mit Mühe gelang es den redlichen, aufopfernden Anstrengungen unserer Bürgerwehr, die letzten Spitzen der Excesse abzubrechen, welche das allgemeine Wohl bedrohten. Verhüten konnte sie deren immer öftere Wiederholung nicht, da die geschwächte Regierungsgewalt dem Gesetze keine Achtung mehr verschaffen konnte. Vier Ministerien hatten es versucht, das Staatsschiff durch

die Stürme zu lenken, welche keine äußere Macht oder Gewalt, nein, das Volk selbst zu seinem eigenen Untergange herauf beschworen hatte. Sie vermochten es nicht, weil sie von der National-Versammlung nicht unterstützt wurden. — Diese hielt es nicht für ihre Pflicht, ganz abgesehen von unserer konstitutionellen und legislatorischen Entwicklung — die Staats-Gewalt so zu stärken, daß dem Gesetze wieder seine Achtung wurde. Sie stellte sich unter den Schutz der das Sitzungs-Lokal belagernden Massen, denen sie den Ehrennamen Volk beilegte, und aus ihrer Mitte heraus wurden sogar Verbindungen mit demselben unterhalten. Sie gab dadurch sich und die Regierung dem Einfluß und dem Terrorismus derer Preis, welche jene Massen regierten. So geschah es, daß in der Hauptstadt des preussischen Staates, in dem Mittelpunkt unserer Bildung, wir einer Gesetz- und Zügellosigkeit zu unterliegen schienen, welche nicht nur ein Hohn der Freiheit war, deren wir uns rühmten, welche auch den Preussischen Staat, das Werk der edelsten Norddeutschen Volksstämme und ihrer größten Fürsten, die Schutzmauer Deutschlands nach Nord, Ost und West, die Pflegerin deutscher Gesittung und Größe in den Grundpfeilern erschütterte und uns dem sichern Untergange entgegen führte. Wir standen am Rande des Verderbens. Da war es die heilige Pflicht derer, in deren Hände die Geschicke unseres Landes in dieser verhängnißvollen Zeit gelegt sind, das Vaterland zu retten. Es gab dazu nur ein Mittel: der National-Versammlung die Freiheit wieder zu geben, die sie unter den Einflüssen der eingerissenen Zügellosigkeit in der Hauptstadt verloren hatte, und unsere Stadt wiederum zum Bewußtsein der Oberherrschaft des Gesetzes zu bringen. Indem die Regierung dieses Mittel ergriff, war sie nicht nur in ihrem schwer zu bestreitenden formellen Rechte, sondern hatte auch das höhere Recht auf ihrer Seite, welches in ihrer heiligen Pflicht lag, das Vaterland aus der Gefahr zu retten, in welche die Anarchie es gestürzt hatte. Mit tiefem Schmerze empfanden wir die Strenge der Maaßregeln, welche zur Rettung des Vaterlandes in unserer Stadt ergriffen werden mußten. Insbesondere betrückte es uns, durch die angeordnete Entwaffnung unserer Bürgerwehr, Gefühle verletzt zu sehen, die wir nur als edle anerkennen konnten. Die Bürgerwehr verschuldete nicht, was Einzelnen in derselben oder ihrer Oberleitung zur Last gelegt werden konnte. Sie hatte stets mit Aufopferung von Gut und Blut dem Dienste unserer Stadt und des Vaterlandes sich gewidmet. Wir hielten es deshalb auch für unsere dringendste Pflicht, Alles zu versuchen, um Maaßnahmen abzuwenden, welche das wohlberechtigte Ehrgefühl unserer pflichtgetreuen Bürgerwehr verletzen konnten. Wir mußten indessen dem Drange der Umstände nachgeben und Trost in der Ueberzeugung finden, daß allerdings noch größere Gefahren für das Vaterland in halben

Maaßregeln lag, welche, ihres Zweckes verfehlend, den ganzen Staat vernichten konnten.

Aber noch tiefer mußten wir das Verhalten eines Theiles der National-Versammlung in der eingetretenen Krisis beklagen. Statt, wie es das Heil und die Rettung des Landes gebot, sich eben hierzu mit der Krone in das engste Einvernehmen zu setzen und den in der Freiheit und Ordnung gesicherten, ersehnten Frieden dem Lande zu geben, sehen wir diese Fraktion unserer Volksvertreter selbst die Fahne der Gesetzlosigkeit erhebend, die Staatsgewalt an ihrem Theile vernichten, ja durch die ausgesprochene Steuerverweigerung die Fackel des Aufruhrs in das Land werfen.

Dieser Theil der National-Versammlung hat eben so sehr seine Stellung und seine Befugnisse als die Stimmung und den Willen des Landes verkannt. Er hat uns durch sein Verfahren an einen Abgrund geführt, vor den wir, und wir sprechen es mit voller Zuversicht aus, alle edlen Preußen zurückschaudern. Die Bahn zum blutigen Bürgerkriege, die damit eröffnet ist, wird das Volk nicht betreten. Es wird nicht den Untergang Preußens und Deutschlands in dem Versuche wollen, eine Republik herzustellen, der es an allen sittlichen und politisch-socialen Grundlagen fehlt, es wird den festen Willen nicht aufgeben, ein constitutionelles Preußen aufzubauen, im engsten Bunde mit Deutschland, gestützt auf die Entwicklung des deutschen Geistes und seiner Civilisation in einer ruhmreichen Geschichte von Jahrhunderten. Dies ist unsere Ueberzeugung. Mitbürger nah und fern, wir hoffen zuversichtlich auch die Curige! Wir wollen freie Männer sein, wir wollen keins der Rechte, keine der Freiheiten uns verkümmern lassen, welche die unabwiesbaren Forderungen unserer Zeit sind. In dem festen Glauben an die Macht der großen Ideen, welche unsere Zeit bewegen, halten wir jede Reaktion für unmöglich, wenn nicht schon die erneuten feierlichsten Zusicherungen jede derartige Befürchtung abwiesen.

Aber wir wollen nicht die Gräuel der Verwüstung, nicht die Herrschaft der rohen Gewalt, nicht den Untergang unseres edlen Volkes durch Selbstmord. Darum Mitbürger, schaaren wir uns um den Einheitspunkt unseres Vaterlandes, den constitutionellen Thron. Kräftigen wir unser Volk, indem wir die Krone kräftigen. Laßt den Frieden und die Einigkeit wieder einkehren in unser Land, den Frieden mit dem Königshause! — und die Liebe und das Vertrauen, welche wir zeigen, wird mächtiger sein, als alle Gewalten, und uns mit uns Deutschland groß, frei und glücklich machen, wie wir es in dem Maaße früher nie gewesen sind und in anderer Weise niemals werden können.

Berlin, den 21. November 1848.

Der Magistrat.

Erinnerungs-Weihe

des 25. November 1823, in den Herzen der Frauen Merse-
burgs, den 25. November 1848.

Wir sahen Dich in Freud' und Jugend-Strahlen
Vor fünf und zwanzig Jahren heut uns nah,
Wer kann das Glück, wer kann den Zauber malen
Mit denen, Fürstin hehr, Du angethan?
Wer kann der Preußen Hochgefühl ermessen,
Wie's Deinem Glück, wie's Deinem Werth geweiht,
Im Herzen lebt es treu und unvergessen,
Hat glänzend sich dem innern Blick erneut.

Erneut dem innern Blick bei jeder Kunde:
Wie alle guten Genien Dir treu,
Wie mit der Lieblichkeit im schönsten Bunde
Dir Glück und Liebe täglich wieder neu,
Wie unsre Wünsche so die Blumen pflückten,
Die schön im Kranze frisch Dich hold umblühen,
In Dir dem Allgeliebten Allbeglückten
Ein Friedensengel treu und hold erschien.

O Friedensengel Du! — der Wolken Schichten
Sie trüben wohl der Sonne ew'gen Schein,
Doch glaub': verdunkeln heißt noch nicht vernichten,
O, Treu' und Glück und Freude bleiben Dein!
Was fünf und zwanzig Jahre Dir beschieden,
Was silbern einem erstem Fest erglänzt,
Es zeigt zwar auch den Wechsel des „hienieden“
Doch treu ist Gold, und golden sei's bekränzt!

Ja, treueste Liebe lebt in unsern Herzen,
Millionen Herzen fühlen sie uns nach,
Und sie verheiß'n nach der Zeit der Schmerzen
Des reinsten Glückes sonnenhellen Tag!
Wie Königin wir Dir zu nahen wagen
In der Begeißt'ung jener schönen Zeit,
So heut' Dir Millionen Herzen schlagen,
Und Gott hat Segen solchem Sinn geweiht.

An unsere Mitbürger.

Die Zeit lastet schwer auf dem Volke und dennoch ist von der in Berlin forttagenden National-Versammlung noch zuletzt eine Maaßregel beschlossen worden, die, wenn sie zur Ausführung käme, in ihrem Gefolge die Schrecken der Auflösung jeder staatlichen Ordnung haben würde. Die Steuerverweigerung ist es, Mitbürger, welche neue Zerrwürfnisse in das an so vielen Wunden schon blutende Vaterland hineingeschleudert hat. Sie hat ihre Vertheidiger und ihre Widersacher gefunden; Vertheidiger aber nur in dem kleinen Häuflein derer, welche den Staat in die Gräuel der Anarchie stürzen wollen, Widersacher dagegen in der ungeheuren Mehrzahl des Volkes, welche Ordnung, Recht und Gesetz als die alleinigen Grundlagen des Staates anerkennen. Wir sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß alle unsere Mitbürger, möge ihre politische Farbe sein, welche sie wolle, in dem Wunsche sich vereinigen, dem zerrissenen Vaterlande diejenige Ruhe bald wieder gegeben zu sehen, welche nothwendig ist, um dem völligen Ruine des bürgerlichen und gewerblichen Wohlstandes vorzubeugen. Die Frage der Steuerverweigerung steht über den Parthei-Fragen und darum, Mitbürger, prüfet sie ohne Parthei-Rücksichten, mit Ruhe und ohne Leidenschaft, wie wir, Eure Vertreter, es gethan haben. Wohin soll es führen, wenn der Staat die Steuern nicht pünktlich erhält und dadurch zugleich verhindert wird, seine Pflichten gegen alle die, welche von ihm zu empfangen haben (und das sind nicht etwa die Wohlhabenden, sondern bei Weitem mehr die Armeren seiner Bewohner) zu erfüllen? Wohin anders als zur Anarchie und allen Schrecknissen eines solchen Zustandes? Wird und muß daher nicht der Staat alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um sich die pünktliche Abführung der Abgaben zu sichern, und verschulden wir durch die Steuerverweigerung es nicht selbst, wenn dann der Staat außerordentliche Ausgaben machen und am Ende uns neue und schwerere Lasten auflegen muß? Was nützt es uns denn auch, wenn wir die Steuern verweigern wollten? Sie sind uns ja nicht erlassen (wie man freilich von einer gewissen Seite vorzuspiegeln gesucht hat) und was wir jetzt nicht abführen, müßten wir nachzahlen.

In der National-Versammlung in Berlin selbst hat der Beschluß der Steuerverweigerung Zerrwürfnisse hervorgerufen und die National-Versammlung in Frankfurt hat sich mit großer Majorität entschieden, diesen Beschluß wieder aufzuheben. Der Magistrat unserer Hauptstadt Berlin hat ein kräftiges Wort gegen den Beschluß der Steuerverweigerung in die Waagschale gelegt und wir wissen und versichern es, daß auch die städtischen Behörden der in unserer Nähe gelegenen Städte sich in demselben Sinne ausgesprochen haben.

Darum, Mitbürger, legen wir Euch die dringende Bitte ans Herz, laßet auch uns fortgehen auf dem Wege des Gesetzes, und durch pünktliche Bezahlung unserer Steuern dem Staate die Mittel gewähren, Ordnung, Recht und Gesetz aufrecht zu erhalten.

Jeder Hausbesitzer wird ersucht, diese Bekanntmachung auch seinen Miethern mitzutheilen.

Merseburg, den 25. November 1848.

**Der Magistrat und die Stadtverordneten=
Versammlung.**

Die unsere Verfassung

Die Zeit läßt schon auf dem Wege nach Bonn und Bonn ist von der in Berlin fort-
tauchend National-Verfassung noch zuletzt eine Wackelstütze befestigt worden,
die, wenn sie zur Verfassung kam, in ihrem Wesen die Schwere der Verfassung
jeder staatlichen Verfassung haben würde. Die Verfassung ist es, die
bürger, welche neue Verfassungen in das an so vielen Punkten schon veränderte
Land hineingeleitet hat. Die hat ihre Verfassung und ihre Verfassung
geschaffen; Verfassung aber nur in dem kleinen Rahmen, welche der Staat
in die Verfassung der Verfassung bringen wollen, Verfassung der Verfassung in der Verfassung
Verfassung der Verfassung, welche Verfassung, welche Verfassung, welche Verfassung
lagen der Verfassung anzuordnen. Wir sind von der Verfassung durchgegangen, daß
alle unsere Verfassung, möge ihre politische Farbe sein, welche sie wollen, in dem
Verfassung sich vereinigen, dem Verfassung, dem Verfassung, dem Verfassung, dem
geben zu sehen, welche notwendig ist, um dem Verfassung, dem Verfassung, dem
gewerblichen Verfassung vorzubringen. Die Frage der Verfassung ist die
aber der Verfassung-Fragen und darum, Verfassung, Verfassung, Verfassung, Verfassung-
richten, mit Verfassung und ohne Verfassung, wie wir, dem Verfassung, dem Verfassung
Verfassung der Verfassung, wenn der Staat die Verfassung nicht vollständig erhebt und da-
durch (welche Verfassung nicht) keine Verfassung gegen alle die, welche von ihm zu
empfangen haben (und das sind nicht etwa die Verfassung, sondern die Verfassung
mehr die Verfassung seiner Verfassung) zu erhalten, Verfassung anders als zur Verfassung
und allen Verfassung eines solchen Verfassung, Verfassung und Verfassung nicht der
Staat alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um sich die Verfassung zu
Verfassung der Verfassung zu geben, und Verfassung zu geben, und Verfassung zu geben
es nicht (sich) wenn dann der Staat außerordentliche Verfassung machen und
dies und neue und Verfassung lassen anzuordnen muß. Was nicht es und dann und,
wenn wir die Verfassung verändern wollen? Sie sind und so nicht erlassen (wie
man Verfassung von einer Verfassung Verfassung Verfassung Verfassung Verfassung Verfassung
nicht abändern, müssen wir nachgeben.

Zu der National-Verfassung in Berlin selbst hat der Verfassung der Verfassung-
Verfassung Verfassung Verfassung und die National-Verfassung in Verfassung
tut hat sich mit großer Verfassung Verfassung Verfassung Verfassung Verfassung
Der Verfassung unserer Verfassung Berlin hat ein Verfassung Verfassung Verfassung Verfassung

N
A.
An
von
jede
eine
den
län
wel
zu
abz
An
die
jede
zur
An
die
Be
zu
Na
un
gel
M
he
me
ge
ter

